

Krollmann zwischen den Fronten

Kritik der Jungsozialisten und der CDU / Von Kurt Reumann

Der hessische Kultusminister Krollmann ist bei der Anpassung des Hessischen Hochschulgesetzes zwischen die Fronten geraten. Aus einer Richtung wird er angegriffen von der CDU, die mit einem eigenen Entwurf zu einem neuen Universitätsgesetz einen Schlagler für die hessische Landtagswahl im nächsten Jahr präsentiert. Aus der anderen Richtung kritisieren ihn die Jungsozialisten. Krollmann wehrt sich gegen die CDU mit dem Vorwurf, deren Entwurf „atme den Geist der Illiberalität“, um sich von den Jusos sagen lassen zu müssen, sein eigener Entwurf sei reaktionär. Was wird in Hessen eigentlich gespielt?

Das Hochschulrahmengesetz des Bundes bildet einen Kompromiß zwischen der Bonner Regierungskoalition aus SPD und FDP, den Bundesländern derselben Couleur, darunter Hessen, und den von der CDU und der CSU regierten Bundesländern. Dabei ist immer behauptet worden, daß SPD und FDP diesen Kompromiß nie eingegangen wären, wenn die CDU/CSU sie nicht dazu gezwungen hätte. Die Bonner Regierungskoalition, so wurde gesagt, hätte es viel lieber gesehen, wenn die Rechte der Professoren stärker beschnitten und die Mitbestimmungsrechte der Studenten und der anderen Gruppen noch weiter gefaßt worden wären. Vielfach wurde auch behauptet, die SPD und die FDP seien gegen ein Ordnungsrecht gewesen; CDU und CSU hätten es aber ertrotzt. Entsprechend haben die Jungsozialisten an den Hochschulen agitiert, die angeblich reaktionären Züge des Rahmengesetzes seien das Erbe der CDU/CSU, und die Regelstudienzeiten wurden den Christdemokraten dann auch gleich angelastet.

Nun ist den hessischen Jungsozialisten ein Referentenentwurf des hessischen Kultusministers zugespielt worden, aus dem hervorgeht, daß die Regelungen zur verfaßten Studentenschaft, zum Ordnungsrecht und zu den Regelstudienzeiten strenger gefaßt werden sollen, als es das Rahmengesetz des Bundes unbedingt gebietet. In Hessen ist die Koalition aus SPD und FDP indessen nicht darauf angewiesen, mit der CDU-Opposition Kompromisse zu schließen. Also muß es ihrer eigenen Überzeugung entspringen, daß Studenten, die Gewalt anwenden oder Gewalttätigkeiten provozieren, von den Universitäten zu verweisen sind und daß Studentenschaften studentische Gelder nicht zweckentfremden sollen. Also muß auch der Kultusminister der SPD selbst für Regelstudienzeiten eintreten.

Für die Jungsozialisten bedeutet das, daß sie dies alles nicht mehr als reaktionär bezeichnen können — oder daß sie die SPD selbst als reaktionär brandmarken müssen. Sie entschließen sich dafür, gegen die eigene Partei Front zu machen. An den hessischen Hochschulen haben sie bereits damit begonnen, wenigstens die Landesregierung als reaktionär anzuschwärzen und Kampf-

maßnahmen gegen den Referentenentwurf vorzubereiten. Sie setzen auf Vorlesungsboykotts im Wintersemester, das jetzt beginnt.

Kultusminister Krollmann begegnete der Kritik der Jungsozialisten mit dem Hinweis, daß der ihnen zugespielte Entwurf alt sei; inzwischen liege eine überarbeitete Fassung vor. Wenn die hessische Landesregierung beim Konzept der öffentlich-rechtlich verfaßten Studentenschaft bleiben will, in die jeder Student mit seiner Einschreibung an der Hochschule automatisch eintritt, muß sie indessen dafür sorgen, daß die Studentenschaft mit den Zwangsbeiträgen der Studenten nur studentische Belange besorgt; andernfalls würde die CDU im Landtagswahlkampf die Landesregierung für die Zweckentfremdung der Gelder verantwortlich machen. Sie muß auch ihre Entschlossenheit zeigen, Gewalttätigkeiten an den Hochschulen verhindern zu wollen. Tut sie das aber in der Form des Referentenentwurfs, stößt sie ihren eigenen Nachwuchs vor den Kopf, verärgert sie die Gewerkschaften, ja provoziert sie eine Zerreißprobe der Partei. Nicht nur der Kultusminister, die ganze hessische Landesregierung steckt in einem Dilemma.

Der Kultusminister könnte seinen Kritikern einigen Wind aus den Segeln nehmen, wenn er näher bestimmte, was er unter Gewalt, der Aufforderung zur Gewalt und der Drohung mit Gewalt versteht. Das dürfte allerdings nicht leicht sein. Vermutlich wird er auch einen Sanktionskatalog aufstellen, wobei die Verweisung von der Universität erst die Höchststrafe darstellt. Aber damit kommt er nicht aus dem Dilemma heraus, zumal die Regelstudienzeiten das ureigene Konzept der Sozialdemokraten sind, das eine Straffung der Studieninhalte erzwingen und dafür sorgen will, daß möglichst viele Bewerber auch der geburtenstarken Jahrgänge studieren können. Freilich wird auch hier nicht so heiß gegessen, wie nach Meinung der Jusos gekocht worden ist. Bereits auf der letzten Sitzung der Kultusministerkonferenz in Berlin hat Krollmann gesagt, Regelstudienzeiten würden erst dann einsetzen, wenn die Studiengänge reformiert seien.

Frankfurter
Allgemeine Zeitung
18. 10. 77